

NN/FLAND/LAND/LAND2 - Fr 05.02.2010 - LANDKREIS

## **Wählen — „ein erhebendes Gefühl“**

### **Ausländerbeiräte Bayerns trafen sich in Zirndorf — Diskussion zum Kommunalwahlrecht**

**ZIRNDORF** — *„Demokratie braucht jede Stimme — Kommunales Wahlrecht für alle“ lautet die aktuelle Kampagne der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Bayerns (AGABY). Rund 60 Vertreter von Migranten aus dem ganzen Freistaat waren zu ihrer jährlichen Vollversammlung nach Zirndorf gekommen. Höhepunkt war eine hochrangig besetzte Podiumsdiskussion.*

Eingeladen waren dazu Politiker jener Parteien, die das Anliegen der Ausländerbeiräte unterstützen, auch Nicht-EU-Bürgern eine politische Teilhabe zu ermöglichen: die Bundesjustizministerin und bayerische FDP-Landesvorsitzende Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, der Vorsitzende der Bayern-SPD Florian Pronold, der Vorsitzende der bayerischen Grünen Dieter Janecek sowie der SPD-Europaabgeordnete Ismail Ertug.

Es sei ein „erhebendes Gefühl“, wenn man erstmals wählen darf, berichtete Grünen-Chef Janecek aus eigener Erfahrung. Der gebürtige Österreicher erhielt erst in Folge des Maastrichtvertrages von 1992 das kommunale Wahlrecht. Er verglich das Ausländerwahlrecht mit der Umweltpolitik: „Auch hier hat es Jahrzehnte gebraucht, bis die Ökologie tatsächlich ins Bewusstsein der Politik vorgedrungen ist.“ Selbst bei CDU/CSU gebe es Leute, die etwas bewegen wollen, das mache Hoffnung.

Für Florian Pronold gilt es, den Druck auf die Unionsparteien, die besonders zu Wahlkampfzeiten auf ausländerfeindliche Parolen zurückgriffen, zu erhöhen. „Wir müssen dran bleiben, schließlich bohren wir hier sehr dicke Bretter.“

Etwas konkreter wurde die Bundesjustizministerin, schließlich verfügt sie als einziger Podiumsgast über eine reelle Machtopion: „Ich werde meine EU-Kollegen bei der nächsten Sitzung darauf ansprechen.“ Skeptisch zeigte sich Leutheusser-Schnarrenberger, ob ein allgemeines Wahlrecht über den Europäischen Gerichtshof durchgesetzt werden kann. „Die Initiative muss von der Basis kommen“, so die Ministerin, „nur so geht das.“

Bisher unterstützen rund 60 Organisationen und 3000 Einzelpersonen das Anliegen. Einer von ihnen ist Zirndorfs Bürgermeister Thomas Zwingel. Er setzte seine Unterschrift auf die Liste. „Warum darf ein Spanier wählen, ein Türke aber nicht?“, fragt Zwingel, der ehemals das Fürther Ausländeramt leitete, „das macht doch keinen Sinn, schließlich haben alle die gleichen Lebensumstände.“

Weiteres zentrales Thema der Delegiertenkonferenz war die Reform der Ausländerbeiräte Bayerns. Die Delegierten sprachen sich mit deutlicher Mehrheit dafür aus, dass nun auch Beiräte Mitglied in der AGABY werden können, die nicht mehr demokratisch gewählt, sondern lediglich benannt sind. Dagegen war Rossella Ruscica Pruy — als Vorsitzende des Zirndorfer Integrationsbeirats quasi die Gastgeberin: „Ich finde, AGABY-Mitglieder sollten demokratisch legitimiert sein und nicht von Parteien vorgeschlagen.“ ARMIN LEBERZAMMER